



DPG-Rundbrief – Januar III 2021

Übersicht über die Tätigkeit von ECCP

Deutsche Mitglieder sind DPG, BIP, AK Nahost Berlin, KoPI

Zunächst Allgemeines zur Erinnerung: (www.eccpalestine.org)

Die European Coordination of Committees and Associations for Palestine (ECCP) wurde **1986** als Netzwerk von europäischen Komitees, Organisationen, NGOs und internationalen Solidaritätsbewegungen gegründet, die sich dem Kampf des palästinensischen Volkes für Freiheit und Gerechtigkeit widmen. ECCP hat ihren Sitz in Brüssel und besitzt den Rechtsstatus einer gemeinnützigen Organisation nach belgischem Recht. Dementsprechend ist ein Vorstand zu wählen und jährlich eine Mitgliederversammlung abzuhalten. Mitglieder von ECCP sind nicht obligatorisch Mitglied des belgischen Vereins. Überdies gibt es auch assoziierte Mitglieder. ECCP versucht in seiner Arbeit die Komplizenschaft der EU mit Israels andauernden Verletzungen des internationalen Rechts und der Rechte der Palästinenser herauszustellen. Wir koordinieren politische Aktionen, Basis-Kampagnen und Debatten auf europäischer Ebene, um die Art und Weise aufzuzeigen, wie die EU trotz ihrer vielen verbalen Verurteilungen weiterhin israelische Unternehmen und Institutionen finanziert, die direkt an der Aufrechterhaltung des israelischen Regimes der Apartheid, des Kolonialismus und der Besetzung beteiligt sind.

Aktuelle Kampagnen und Aktionen von ECCP, aus dem Jahresbericht 2020 :

- UN-Datenbank von Unternehmen, die an illegalen israelischen Siedlungsaktivitäten beteiligt sind

Im Februar 2020 hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eine Datenbank veröffentlicht, in der 112 Unternehmen aufgelistet sind, die Aktivitäten in illegalen israelischen Siedlungen durchführen.

Unternehmen, die Aktivitäten in illegalen israelischen Siedlungen durchführen und damit gegen internationales Recht verstoßen (1). ECCP fand heraus, dass fünf der in der Datenbank aufgeführten Unternehmen europäische Steuergelder erhalten haben, die über Forschungs- und Innovationsprogramme geleitet wurden. Unsere Organisation führt daher eine Advocacy-Kampagne beim Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament durch, um die EU-Förderrichtlinien zu aktualisieren und jede in der Datenbank aufgeführte Firma vom Erhalt europäischer Fördermittel auszuschließen.

- STOP G4S

G4S ist das größte Sicherheitsunternehmen der Welt und ist mitschuldig an der Ausrüstung und Ausbildung der israelischen Polizeikräfte, die von Organisationen wie dem UN-Menschenrechtsrat (2) oder Amnesty International (3) wegen des systematischen Einsatzes von Folter und anderen illegalen Praktiken weithin verurteilt werden. Im Jahr 2015 erhielt das Unternehmen einen Auftrag von der Europäischen Kommission und ist seitdem der größte Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen für die EU und ihre Institutionen.

Während die Verträge mit G4S im Jahr 2019 erneuert wurden, hat ECCP seine Kampagne beschleunigt, die darauf abzielt, das Europäische Parlament und die europäischen Institutionen unter Druck zu setzen, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen und die Verträge mit G4S sofort zu beenden. Diese Kampagne ist Teil unserer langjährigen Arbeit, um die Komplizenschaft der EU mit Israels Verstößen gegen das Völkerrecht herauszufordern.

- KRIMINALISIERUNG DER PALÄSTINA-SOLIDARITÄT UND DER FREIEN MEINUNGSÄUSSERUNG

ECCP kämpft gegen die sehr koordinierte und gut finanzierte Kampagne Israels und seiner Unterstützer, die darauf abzielt, politischen Aktivismus gegen die israelische Besatzung zu kriminalisieren, basierend auf der Angst, dass insbesondere die weltweite, von Palästinensern geführte Kampagne von Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) erfolgreich ist.

Zur Verteidigung der freien Meinungsäußerung unterstützt sie das Recht der Zivilgesellschaft, für die Grundrechte der Palästinenser einzutreten und bekämpft daher sowohl Anti-BDS-Resolutionen in europäischen Mitgliedsstaaten als auch die von europäischen Institutionen und Regierungen angenommene IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus, die nahelegt, dass Kritik am Staat Israel wegen seiner Politik, die die Grundrechte des palästinensischen Volkes verletzt, antisemitisch ist.

- KEINE ISRAELISCHEN DROHNEN FÜR DIE ANTI-EINWANDERUNGSPOLITIK DER EU

FRONTEX, die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache, hat Heron 1 Militärdrohnen von IAI (Israeli Aerospace Industry) unter Vertrag genommen. Heron-Drohnen haben eine berüchtigte Geschichte des Einsatzes gegen die Palästinenser, da es die am häufigsten von den israelischen Verteidigungskräften während der Operation "Gegossenes Blei" eingesetzte Drohne waren, was dazu führte, dass Dutzende von Zivilisten durch Raketeneinschläge getötet wurden (4). Die EU-Finanzierung für die IAI fördert inhärent Israels Fähigkeit, seine Kriegsverbrechen und schweren Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts aufrechtzuerhalten. Sie macht die EU und uns alle mitschuldig an diesen Verstößen. Deshalb führt ECCP eine öffentliche Kampagne des Drucks auf die EU an, um Verträge mit israelischen Militärfirmen zu verhindern.

- STOP-SETTLEMENTS-KAMPAGNE

#StopSettlements ist die laufende Kampagne von ECCP, um die Europäische Union und die europäischen Mitgliedstaaten zu zwingen, ihre Pflichten zur Nicht-Anerkennung und Nicht-Unterstützung zu respektieren, die in Art. 41(2) der Artikel der Internationalen Rechtskommission zur Staatenverantwortung. In der Tat, wenn die europäischen Staaten weiterhin mit den illegalen israelischen Siedlungen Handel treiben, verstoßen sie gegen internationales Recht, da sie den Fortbestand dieser Siedlungen ermöglichen und die Grundrechte der Palästinenser untergraben. ECCP führt daher eine Advocacy-Kampagne mit Rechtsexperten durch, um die Regierungen dazu zu bewegen, ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden.

(1) Menschenrechtsrat, Bericht des Hochkommissars für Menschenrechte, A/HCR/43/71 (12. Februar 2020), verfügbar unter:

http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session34/Documents/A_HRC_34_77_EN.docx.

(2) Menschenrechtsrat, Bericht des Sonderberichterstatters über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, A/HRC/44/60 (11. Juli 2020), verfügbar unter:

<https://www.un.org/unispal/document/report-of-the-special-rapporteur-on-the-situation-of-human-rights-in-the-palestinian-territories-occupied-since-1967-report-a-hrc-44-60-advance-unedited-version/>

(3) Amnesty International, Israel/ OPT: Legally-sanctioned-torture-of-Palestinian-detainee-left-him-in-critical-condition (30. September 2019) <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/09/israel-opt-legally-sanctioned-torture-of-palestinian-detainee-left-him-in-critical-condition/>

(4) <https://www.hrw.org/report/2009/06/30/precisely-wrong/gaza-civilians-killed-israeli-drone-launched-missiles>

BEISPIELE VON ERFOLGEN

- EMSA-Drohnenvertrag mit Elbit beendet, nachdem 10.000 Menschen die Petition "Stop Israeli Killer Drones" unterzeichnet haben

Nach der Petition "Stop Israeli Killer Drones", die von World Without Walls Europe ins Leben gerufen und von 46 Organisationen mitgetragen wurde und die von über 10.000 europäischen Bürgern unterzeichnet wurde, entschied das portugiesische Unternehmen CeiiA im November 2020, den Leasingvertrag für zwei Drohnen des israelischen Rüstungskonzerns Elbit für Grenzpatrouillen und andere Missionen für die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) nicht zu verlängern (5).

- Rückgabe von Bodenproben an die besetzten palästinensischen Gebiete nach ECCP-Recherche zu Verstößen der EU-Förderung gegen ihre eigenen Richtlinien
Durch eine Recherche über die europäische Finanzierung des GEO-CRADLE-Projekts stellte ECCP einen Verstoß gegen die eigenen Finanzierungsrichtlinien der EU fest, die Zuschüsse für israelische Aktivitäten in den seit Juni 1967 von Israel besetzten Gebieten, einschließlich der syrischen Golanhöhen und der besetzten palästinensischen Gebiete (6) verbieten. Im Rahmen des GEO-CRADLE-Projekts sammelte die Universität Tel Aviv, die von der EU 130.625 EUR für die Durchführung der Forschung erhielt (7), 30 % der Bodenproben von den besetzten syrischen Golanhöhen und den OPTs. Nach einer Beschwerde wurde die Datei mit den Bodenproben am 27. Dezember 2018 ersetzt (8).

- Rückzug der portugiesischen Regierung und der KU Leuven aus dem EU-finanzierten Projekt Law Train
Das Projekt LAW TRAIN ist ein gemeinsames EU-finanziertes Projekt mit dem israelischen Ministerium für öffentliche Sicherheit, der israelischen Nationalpolizei und der israelischen Bar-Ilan-Universität, das auf eine Vereinheitlichung der polizeilichen Vernehmungsmethoden abzielt. Nach starkem Druck von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für ein Ende der Zusammenarbeit mit Israel einsetzten, zog die portugiesische Regierung im August 2016 (9) die Teilnahme ihrer nationalen Polizei an dem Projekt zurück. Auch die Katholische Universität Leuven in Belgien kündigte einige Monate später ihren Ausstieg aus dem Forschungsprojekt an (10).

(5) <http://www.eccpalestine.org/faced-with-public-pressure-the-eu-reshapes-use-of-israeli-military-drones-in-the-mediterranean/>

(6) https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/guidelines_on_the_eligibility_of_israeli_entities_and_the_activities_in_the_territories_occupied_by_israel_since_june_1967.pdf

(7) <https://cordis.europa.eu/project/rcn/199450/factsheet/en>

(8) <http://www.eccpalestine.org/wp-content/uploads/2019/12/ECCP-2019.pdf>

(9) <http://www.eccpalestine.org/portuguese-government-withdraws-from-controversial-project-with-israeli-police/>

(10) <http://www.eccpalestine.org/eu-research-collaboration-with-israeli-police-in-tatters-after-belgian-university-exit/>

Ferner : LOBBY DAYS 2020

In den Monaten Dezember 2020 und Januar 2021 wurden und werden die alljährlich ein- oder zweimal von der Koordinatorin organisierten so genannten Lobby Days, d.h. Gespräche mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MEPs) durchgeführt. Dabei sind jeweils 3 oder 4 ECCP Mitglieder als ECCP Delegation bemüht, für Verständnis und Unterstützung zu werben. Die jetzigen Gespräche laufen per Zoom. Die Themen sind die oben beschriebenen, zuzüglich insbesondere die Lage in Gaza.

Leider muss gesagt werden, dass die von uns deutschen ECCP Vertretern angeschriebenen deutschen MEPs entweder gar nicht antworteten, sich für nicht zuständig erklärten oder Zeitmangel vorschoben und auf andere MEPs verwiesen, deren Zuständigkeit a priori unwahrscheinlich erscheint. Dagegen zeigten sich bislang bereits hilfsbereit MEPs aus vielen anderen MS, nämlich Slowenien, Frankreich, Italien, etc. So versprachen sie „Parlamentarische Anfragen“ in unserem Sinn vorzubringen oder gaben sachdienliche Hinweise, an wen sie sich für uns wenden und an wen von uns weitere Schreiben geschickt werden könnten.

An den Lobby Gesprächen können auch Mitglieder von ECCP Mitgliedsorganisationen teilnehmen, die ihre Organisation nicht regelmäßig bei ECCP vertreten. Sollte also das eine oder andre Mitglied der DPG, von BIP, vom AK Berlin oder von KoPI Interesse haben, mitzumachen und ein Gespräch mit einem MEP mit zu führen, so braucht sie / er sich nur an mich zu wenden. Ich melde das sehr gern bei der Koordinatorin an. Vielleicht können gegen Ende 2021 ja bereits wieder Reisen, z.B. nach Brüssel, unternommen werden!

Gisela Siebourg, Vizepräsidentin